



Suchergebnisse: Karlsruhe

13. Juli 1776 – Caroline Friederike Wilhelmine von Baden wird in Karlsruhe geboren

Karlsruhe * Caroline Friederike Wilhelmine von Baden wird in Karlsruhe geboren.

9. März 1797 – Herzog Max Joseph heiratet Caroline Friederike Wilhelmine von Baden

Karlsruhe * Herzog Max Joseph, der spätere bayerische König, heiratet in Karlsruhe Caroline Friederike Wilhelmine von Baden.

1837 – Emil Keßler und August Borsig gründen ihre Maschinenbauwerkstätten

Karlsruhe - Berlin * Die Ingenieure Emil Keßler in Karlsruhe und August Borsig in Berlin gründen ihre Maschinenbauwerkstätten. Sie produzieren ihre ersten Lokomotiven - wie Joseph Anton von Maffei - im Jahr 1841.

20. März 1838 – Der Kaufvertrag für den Lindauer'schen Hammer wird unterschrieben

München-Englischer Garten - Hirschau * Der Kaufvertrag für die Hofhammerschmiede, auch Lindauer'scher Hammer genannt, wird von Franziska Lindauer und Joseph Anton von Maffei unterschrieben. Das Unternehmen firmiert zunächst viele Jahre unter Eisenwerk Hirschau. Weil Maffei gegenüber seinen Konkurrenten Emil Keßler in Karlsruhe und August Borsig in Berlin nicht als Nachzügler erscheinen will, gibt er immer 1837 als Gründungsjahr seines Unternehmens an.

15. Oktober 1841 – Das Hotel Bayerischer Hof wird eröffnet

München-Kreuzviertel * Das Hotel Bayerischer Hof kann seine Eröffnung feierlich begehen. Zu den ersten Gästen gehört die Großherzogin Stephanie von Baden, die unter dem Namen einer Gräfin von Malberg aus Karlsruhe absteigt.



1843 – Auftrag über die Lieferung von acht Lokomotiven des Typs „Bavaria“

München-Englischer Garten - Hirschau * Die Kgl. Bay. Staatsbahn erteilt dem Eisenwerk Hirschau von Joseph Anton von Maffei einen Auftrag über die Lieferung von acht Lokomotiven des Typs „Bavaria“. Sie sollen auf der Strecke Nürnberg - Bamberg eingesetzt werden. Um den Auftrag zu erhalten, muss Maffei die väterliche Tabakfabrik als Kautions einbringen. Der Auftrag geht aber nicht nur an Maffei, sondern auch an Kessler & Martiensen in Karlsruhe und Meyer & Comp. im elsässischen Mühlhausen. Sie müssen sich den Auftrag zu je acht Lokomotiven teilen. Die wichtigste Auflage für die drei Firmen lautet: „Alle Teile an den 24 Lokomotiven müssen untereinander austauschbar sein.“ Seine erste Lokomotive, den „Münchner“, hat Maffei aber noch immer nicht verkauft.

28. Februar 1847 – Im Karlsruher Hoftheater bricht ein Feuer aus

Karlsruhe * Im Karlsruher Hoftheater bricht ein Feuer aus, das innerhalb von 28 Minuten gelöscht werden kann und deshalb „nur“ 63 Menschenleben fordert.

August 1858 – Richard Wagner trennt sich von seiner Frau Minna

Zürich - Venedig - Paris - Karlsruhe * Richard Wagner trennt sich von seiner Frau Minna, verlässt Zürich und übersiedelt nach Venedig. Danach folgen Paris und Karlsruhe.

7. April 1870 – Gustav Landauer wird in Karlsruhe geboren

Karlsruhe * Gustav Landauer wird in Karlsruhe geboren.

15. Juli 1870 – Mobilmachung im Großherzogtum Baden gegen Frankreich

Karlsruhe * In Karlsruhe, der Hauptstadt des Großherzogtums Baden, ergeht der Befehl zur Mobilmachung.

15. September 1899 – Das erste Demonstrations-Fußballspiel auf Münchner Boden



München * Im Rahmen der Allgemeinen Deutschen Sportausstellung findet ein Demonstrations-Spiel statt. In diesem ersten offiziellen Fußballspiel auf Münchner Boden spielt eine Mannschaft aus der damals führenden süddeutschen Fußballstadt Karlsruhe gegen die noch junge Mannschaft des Männerturnvereins von 1879 - MTV, um beim Münchner Publikum Begeisterung für die Sportart des Association Football zu erzeugen. Das Spiel wird für die Münchner zum Desaster, denn die Karlsruher gewinnen mit 10:0 Toren. Am Anfang distanzieren sich noch viele bürgerliche und Arbeiter-Turnvereine von dieser Form des Wettkampfsports. Verhindern können sie diese Sportart auf Dauer natürlich nicht, da sie sonst zu viele fußballbegeisterte Sportler an andere Vereine verloren hätten.

1905 – Wegen Überlastung schmoren die Sicherungen durch

Berlin - Karlsruhe * Ein Firmenkonsortium unter der Leitung der Firma L. Loewe & Co erhält den Auftrag über eine Ortsvermittlungsstelle für Wahlbetrieb. Der Fabrikationsauftrag für die Herstellung der Strowger-Wähler und damit die Lizenz wird den zum Loewe-Konzern gehörenden Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Berlin - Karlsruhe übertragen. Diese verfügen über entsprechend ausgebildetes Personal und über moderne feinmechanische Werkstätten. Die Erfahrung im Umgang mit elektrischen Schaltungen steuern Mitarbeiter der Firma Siemens & Halske bei. Da alle angeschlossenen Teilnehmer sofort nach Inbetriebnahme der neuen Vermittlungsstelle ihren eigenen Fernsprech-Selbstwählanschluss ausprobieren wollen, schmoren in der Folge von Überlastung und Blockade der Wähler in den ersten Betriebsstunden ständig die Sicherungen durch. Empörte Teilnehmer stürmen daraufhin das Dienstgebäude. Erst als diese wieder besänftigt waren, gelingt es dem Wartungspersonal die Schwachstellen des Systems abzustellen. Seither arbeitet die Anlage störungsfrei.

27. August 1918 – Max von Baden und seine programmatischen Vorstellungen

Karlsruhe - Lille * In einem privaten Brief an Kronprinz Rupprecht von Bayern legt Prinz Max von Baden sein politisches Motiv für eine eventuelle Kanzlerkandidatur offen. Er will die Demokratisierung des Reiches verhindern und fürchtet am meisten den Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger, der - unterstützt durch die Reichstagsmehrheit - dem Kanzler „neue Majoritätsfesseln“ anlegen möchte. Um dies zu verhindern will der Prinz die politische Mehrheit im Reichstag „wieder in ihre wohlverdiente Ohnmacht zurück treiben“.

30. August 1918 – Prinz Max von Baden will das Vaterland retten



Karlsruhe - Berlin * Prinz Max von Baden bringt in einem Brief an Kaiser Wilhelm II. zum Ausdruck, dass er „in eine die Reichsleitung bestimmende Stellung“ gebracht werden möchte, um aus dieser Position heraus „das Vaterland zu retten“.

15. September 1918 – Prinz Max von Baden für eine autonome Staatspolitik

Karlsruhe - Lille * Prinz Max von Baden informiert Kronprinz Rupprecht, dass er für eine autonome Staatspolitik eintritt, deren Initiative mehr denn je dem freien Entschluss des Fürsten zufällt. Denn: „Wir stehen unmittelbar vor dem parlamentarischen Staatsstreich“.

1. Oktober 1918 – Die OHL setzt Max von Baden als Reichskanzler durch

Spa - Berlin - Karlsruhe * Die Oberste Heeresleitung - OHL übernimmt wieder einmal die politische Führung und setzt bei Kaiser Wilhelm II. - der dagegen „schärfsten Widerspruch“ einlegt - Prinz Max von Baden als Kanzlerkandidat der Krone durch. Umgehend wird der Marschbefehl für den badischen Monarchen zur sofortigen Reise nach Berlin erstellt. Vorsorglich reist Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gleich mit.

5. November 1918 – König Ludwig III. lernte die Volkstimmung kennen

München - Karlsruhe * Der badische Gesandte in München berichtet nach Karlsruhe: Der bayerische König würde gerade „die Stimmung des Volkes kennenlernen“.

10. November 1918 – Im Großherzogtum Baden entsteht eine Volksregierung

Karlsruhe * Auf Initiative des Karlsruher Oberbürgermeisters Karl Siegrist gründet sich ein sogenannter Wohlfahrtsausschuss, der mit den Soldatenräten eine provisorische Volksregierung im Großherzogtum Baden bildet.

14. November 1918 – Großherzog Friedrich II. von Baden erklärt seinen Thronverzicht

Karlsruhe * Der badische Großherzog Friedrich II. erklärt seinen vorläufigen Thronverzicht, indem er mitteilen lässt, dass er auf die Ausübung seiner Regierungsgewalt verzichtet.



17. Februar 1919 – Die bayerische Revolution nahm mir die letzte Hoffnung

Karlsruhe * Der ehemalige Reichskanzler Max von Baden schreibt an den Ex-Kronprinzen Rupprecht von Bayern folgende Zeilen: „Dein schönes Bayern, das ich so liebe, war mir eine furchtbare Enttäuschung. Nie hätte ich es für möglich gehalten, dass es seine Wittelsbacher verjagen würde. Die bayerische Revolution nahm mir die letzte Hoffnung, die Monarchie wenigstens südlich des Mains zu retten.“

2. November 1966 – „Eheliche Zuneigung und Opferbereitschaft“

Karlsruhe * In einem Urteil des Bundesgerichtshofs heißt es: „Die Frau genügt ihren ehelichen Pflichten nicht schon damit, dass sie die Beiwohnung teilnahmslos geschehen lässt. Wenn es ihr infolge ihrer Veranlagung oder aus anderen Gründen versagt bleibt, im ehelichen Verkehr Befriedigung zu finden, so fordert die Ehe von ihr doch eine Gewährung in ehelicher Zuneigung und Opferbereitschaft und verbietet es, Gleichgültigkeit oder Widerwillen zur Schau zu tragen.“

Dezember 1982 – Der Generalbundesanwalt stellt Ermittlungen zum Wiesn-Attentat ein

Karlsruhe * Generalbundesanwalt Kurt Rebmann lässt die Ermittlungen zum Wiesn-Attentat offiziell einstellen. Er schließt sich der Einzeltätertheorie vorbehaltlos an. Köhler hat nicht aus politischen Motiven gehandelt, sondern sei „getrieben gewesen von sozialer Vereinsamung und sexueller Frustration“.

1984 – Wiederaufnahme des Verfahrens zum Wiesn-Attentat verweigert

Karlsruhe * Die Generalbundesanwaltschaft verweigert eine Wiederaufnahme des Verfahrens zum Wiesn-Attentat.

23. September 1995 – Kardinal Wetter heizt die Stimmung gegen das Intoleranzedikt an

München-Gruggenau • Bei der an der Feldherrnhalle stattfindenden Demonstration gegen das Karlsruher Kruzifix-Urteil unterzieht sich Kardinal Friedrich Wetter nicht der Mühe, die Debatte zu versachlichen. Im Gegenteil, er heizt die emotional eh schon aufgeheizte Stimmung gegen das vermeintliche Karlsruher Intoleranzedikt noch an.



1997 – Die letzten Asservate des Wiesn-Attentats vernichtet

Karlsruhe * Die letzten Asservate des Wiesn-Attentats, wie Bombensplitter und Körperteile, die sich keinem Opfer zuweisen lassen, werden vernichtet. Bei geklärten Fällen ist das gängige Praxis.

4. November 2003 – Die Ladenöffnungszeiten vor dem Bundesverfassungsgericht

Karlsruhe * Vor dem Bundesverfassungsgericht wird nach einer Klage der Kaufhof AG erstmals über die Ladenöffnungszeiten verhandelt. Die Warenhauskette will das Verkaufsverbot an Werktagen nach 20.00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen beseitigen.

9. Juni 2004 – Verbot der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen bestätigt

Karlsruhe * Das Bundesverfassungsgericht bestätigt das grundsätzliche Verbot der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen.

1. Dezember 2009 – Öffnung der Adventsontage der Einzelhandelsgeschäfte verboten

Karlsruhe * Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe untersagt die Freigabe der Adventsontage zur Öffnung der Einzelhandelsgeschäfte in Berlin. „Die 2006 getroffene Regelung verletzt das Recht der Kirchen auf Religionsfreiheit“, heißt es in der Urteilsbegründung.

13. März 2014 – Das Landgericht verurteilt Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung

München * Die Steuerschuld des Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß hat sich um weitere 1,26 Millionen Euro erhöht. Der Solidaritätszuschlag muss noch einberechnet werden. Die Summe kann noch weiter steigen, weil sie von den Steuerfahndern bisher nur überschlägig berechnet worden ist. Das Landgericht München II verurteilt Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung in Höhe von 28,46 Millionen Euro zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren. Die Staatsanwaltschaft hat fünfeinhalb Jahre Haft gefordert. Die Anwälte des FC-Bayern-Präsidenten kündigen umgehend Revision beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe an. Bis das Urteil rechtskräftig ist, bleibt Uli Hoeneß auf freiem Fuß.



11. Dezember 2014 – Die Ermittlungen zum Oktoberfest-Attentat werden wieder aufgenommen

München * Generalbundesanwalt Harald Range nimmt - 34 Jahre nach dem Oktoberfest-Attentat - die Ermittlungen offiziell wieder auf. Eine neue Zeugin hatte sich bei dem Münchner Anwalt Werner Dietrich gemeldet. Ihre Aussage war ausschlaggebend für die Wiederaufnahme des Verfahrens. Dietrich hatte in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Wiederaufnahme-Anträge gestellt. Der Dritte war jetzt erfolgreich. „Die Ermittlungen fangen jetzt wieder ganz am Anfang an“. Mit den Ermittlungen hat der Karlsruher Generalbundesanwalt das Bayerische Landeskriminalamt beauftragt. Ob das die richtige Entscheidung ist, muss die Zukunft klären.

23. November 2017 – Bundesstaatsanwaltschaft stellt Brandanschlag-Ermittlungen ein

Karlsruhe - München-Isarvorstadt * Die Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe stellt die Ermittlungen zum Brandanschlag auf das damalige Zentrum der Israelitischen Kultusgemeinde Münchens an der Reichenbachstraße 27 ein. Dort waren bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim am 13. Februar 1970 zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode gekommen.
